

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes
zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und
besteht einschließlich der Mittwoch- und Sonnabends erscheinenden
„Elektrischen Beilage“ bei Abholung vierteljährlich
1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J.,
bei allen Postanstalten 1. 50 J. erhaltene Bestellgeld.
Einzeln Nummern kosten 10 J.
Nummer der Zeitungspreisliste 6527.

Veranstaltung Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen
Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren
Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes
angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Stierundschaffiger Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung
finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere
und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die
viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Restzeile 30 J.
Geringster Inseratenbetrag 40 J.
Für Rückzahlung eingeladener Manuskripte usw.
keine Gewähr.

Beim Neubau eines Lehrerseminars zu Bischofswerda

soll a) die Lieferung von Dachziegeln und b) die Steinmeharbeiten (Sandstein) Los VIII vergeben werden. Vordrucke sind, soweit der Vorrat reicht, gegen Erlegung einer bei Abgabe des ausgefüllten Arbeitsverzeichnisses zurückzahlbaren Gebühr zu a) von 1 Mk., zu b) von 3 Mk. im königlichen Landbauamt Bautzen (Ortenburg, II. Obergesch.) erhältlich bezw. werden auf Antrag unter Nachnahme zugestellt. Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum **26. Februar 1910, zu b) 28. Februar 1910, vormittags 10 Uhr** daselbst einzureichen. Die Auswahl unter den Bewerbern, welche bis 31. März 1910 an ihr Angebot gebunden sind, oder Ablehnung sämtlicher Angebote bleibt ausdrücklich vorbehalten. Zeichnungen und sonstige Unterlagen liegen bei der Bauleitung des Seminarneubaues zu Bischofswerda, August Königstraße 10, zur Einsicht aus.

Bautzen, den 15. Februar 1910.

Königliches Landbauamt.

Krammarkt in Stolpen: Montag, den 21. Februar 1910.

Die Rätsel

der europäischen Orientpolitik.

Die europäischen Kulturvölker haben schon seit Jahren die immer und immer wieder auftauchenden orientalischen Handel, welche den Weltfrieden bedrohen, gründlich satt, und es besteht sicher der allgemeine europäische Wunsch, die Ursachen zu den immer wieder im Orient auftretenden Unruhen gründlich zu beseitigen. Die Großmächte haben dazu auch sicher die Macht und das Recht, aber die rücksichtslosen Schritte, welche die kretische, mazedonische und die armenische Frage beseitigen könnten, werden von den Großmächten nicht ausgeführt. Nun könnte man sagen, daß die Großmächte aus Friedensliebe die Anwendung von Gewaltmitteln, um den Orient zur Ruhe zu bringen, scheuen, und aus diesem Grund es lieber mit den bekannten kalten Wasserstrahlen in Konstantinopel, in Athen und auf der Insel Kreta versuchen. Aber diese allgemeine Friedenspolitik der Großmächte ist in bezug auf ihre Moral nicht echt und nicht einheitlich, das heißt, es gibt immer noch Großmächte, die neben den allgemeinen Friedensinteressen noch ganz besondere Interessen im Orient verfolgen. Zu diesen Großmächten gehören besonders Rußland und England, die sich immer noch so aufspielen, als hätten sie im Orient ganz besondere Rechte wahrzunehmen, was aber im Grunde genommen nur darauf hinausläuft, daß sie im Orient eine versteckte Ländereuropapolitik treiben, wenn sie dieselbe öffentlich nicht wahrnehmen zu können glauben. Am rätselhaftesten stehen in dieser Hinsicht die Dinge in den griechischen Angelegenheiten und in der kretischen Frage. Die Unruhen auf Kreta hören nicht auf und dabei ist es schon wiederholt vorgekommen, daß Truppen der Schutzmächte die Insel besetzt und dann wieder geräumt haben. Das, was die Türkei also in bezug auf die Wiederherstellung der Ruhe auf Kreta hätte tun müssen, übernehmen die Schutzmächte, aber meistens in letzter Linie erfolglos, denn neuerdings wird wieder die Besetzung Kretas durch Truppen der Schutzmächte beabsichtigt. Nun hat man immer angenommen, daß Italien in den reinen orientalischen Fragen gewissermaßen der Vertrauensmann des Dreibundes sei, da Italien doch selbst dem Dreibund angehört. Es hat sich aber jetzt herausgestellt, daß in allen reinorientalischen Angelegenheiten Italien vielmehr der Trabant Englands und Frankreichs ist, als der Bundesgenosse Deutschlands und Oesterreichs. Nun haben ja glücklicherweise die Großmächte Deutsch-

land, Oesterreich und Italien in Griechenland und auf Kreta sehr wenig Interessen zu schützen und aus diesem Umstand ist kein Konflikt zwischen Deutschland und Oesterreich auf der einen und Italien auf der anderen Seite zu erwarten, aber die Haltung Italiens lähmt in letzter Linie die allgemeine Friedensaktion der Großmächte. Es muß auch daran erinnert werden, daß Italien in bezug auf die politischen Angelegenheiten der nördlichen Balkanhalbinsel, also in bezug auf die Lage der Dinge in Serbien, Montenegro und Bulgarien, Anschluß an Rußland gesucht hat, und dieser Standpunkt Italiens steht dem Interesse des Dreibundes nun wirklich entgegen, denn die Vormacht auf der nördlichen Balkanhalbinsel ist Oesterreich, und nicht Rußland, und Oesterreich wird sich aus dieser Stellung von Rußland auch nicht verdrängen lassen, wie der Ausgang der serbischen und bosnischen Handel im vorigen Jahre bewiesen hat. Aus diesen eigentümlichen Verhältnissen ergibt sich aber auch ein immer und immer wieder auftauchendes verstecktes Ränkepiel zwischen den Großmächten in den orientalischen Fragen, und diese sind es offenbar, welche zu diesem Ränkepiel auch immer wieder neuen Anlaß geben, und man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn Europa die orientalischen Unruhen noch immer nicht los werden kann. Erfreulich ist dabei nur, daß geringe Aussicht auf eine kriegerische Verwicklung in Europa wegen der Handel im Orient vorhanden ist. Das diplomatische Ränkepiel muß eben das Schwert ersetzen, da der Gebrauch des Schwertes zu waghalsig und kostspielig geworden ist. □

Deutsches Reich.

Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen sind am Dienstag in London eingetroffen. Am Bahnhof waren der Prinz und die Prinzessin von Wales und Prinz Alexander von Battenberg, sowie der deutsche Botschafter und das Personal der Botschaft zur Begrüßung erschienen. Das prinzipale Paar gedenkt etwa zwei Wochen auf englischem Boden zu verweilen. Der Besuch ist durchaus unpolitischer Art.

Der Reichstag beriet am Montag die Vorlage, betr. den Abfah von Kalifsalzen, in erster Lesung. Der preußische Handelsminister Sydow erklärte und begründete diesen Gesetzesentwurf, hervorhebend, er sei bestimmt, für die Verwertung der Produkte der deutschen Kaliindustrie gewisse Normen für die Dauer von 20 Jahren festzusetzen. Der Minister gab zu, daß dies Verfahren

ungewöhnlich sei, wies jedoch darauf hin, daß die Verhältnisse in der Kaliindustrie sehr ungewöhnliche seien und deshalb eine gesetzliche Regelung erforderten. Den zweckmäßigsten Weg hierzu erachteten die verbündeten Regierungen eben in der von dem Gesetzesentwurf vorgeschlagenen Zusammenfassung sämtlicher Kaliproduzenten zu einer Betriebsgemeinschaft, die gleichzeitig den Verkauf des Kalis zu regeln habe. Als entschiedene Gegner der Vorlage bekannten sich die Abg. Heim (Zentrum), Gothein (fr. Vereinig.) und Gué (soz.), sie stimmten in ihren Ausführungen darüber überein, daß die deutsche Kaliindustrie freien Wettbewerb benötige, der vorliegende Gesetzesentwurf würde lediglich zu einer schädlichen Boykottierung der freien Privatindustrie führen. Auch der nationalliberale Abgeordnete Hausmann äußerte verschiedene Bedenken gegen die Vorlage, stellte sich aber sonst etwas freundlicher zu ihr, den gleichen Standpunkt nahm auch Abg. Gamp von der Reichspartei ein. Regierungsseitig verteidigte Minister Sydow die Kalivorlage speziell gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Gothein, auch Oberberghauptmann v. Belsen trat Gothein entgegen. In einer zweiten Rede erwiderte Herr von Belsen dem Abgeordneten Gué. Konservativseits sprach sich Abgeordneter Köfke durchaus für die vorgeschlagene Vereinigung aller Kaliproduzenten zu einer Gemeinschaft aus. Am Dienstag setzte das Haus diese Debatte zunächst fort.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag mit der Interpellation der Nationalliberalen wegen der Maßregelung einer Anzahl Beamter in Posen infolge der Bekundung ihrer nationalliberalen Gesinnung. Abgeordneter Dr. Friedberg vertrat in sehr energischer Weise die Interpellation, worauf der Minister des Innern v. Nolcke dieselbe beantwortete. Er mußte die in der nationalliberalen Interpellation geäußerte Beamtenmaßregelung zugeben, versuchte sie aber als belanglos darzustellen. In der Debatte stellten sich die Abgeordneten Rogalla von Bieberstein (kons.) und Biered (fr.-kons.) auf den Standpunkt der Regierung, während die Abgeordneten Kronsohn (fr. Volksp.) und Bell (Zentrum) im Sinne der Interpellation gegen die Maßregelungen sprachen. Abg. Dr. Friedberg (nat.-lib.) nahm ebenfalls nochmals zugunsten der Interpellation das Wort. Die Debatte endete ohne besonderes Ergebnis. Zuletzt trat das Haus noch in die Beratung des Etats der Zölle und indirekten Steuern ein. — Die Abgeordnetenhauskommission für die Wahlreform hat am Dienst-